



MITTAGSPOST

Ausgabe 19/2022

Fraktion

Allen voran die geplante Reform der Staatsbürgerschaft hat diese Woche für Diskussionen gesorgt. Bundesinnenministerin Nancy Faeser plant eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, die auch von Olaf Scholz befürwortet wird. Damit etablieren wir das Chancen-Aufenthaltsrechts und geben langjährig Geduldeten eine verlässliche Perspektive. Wer fünf Jahre in Deutschland lebt und nicht straffällig geworden ist, bekommt ein Aufenthaltsrecht und kann dann die Voraussetzungen für ein reguläres Bleiberecht klären. [\(zum Gesetzentwurf\)](#) Damit leiten wir den Neuanfang in der Migrationspolitik ein, den wir auch in unserem Koalitionsvertrag festgeschrieben haben. Wenngleich dies von anderen Parteien kritisiert wurde, steht für mich fest: Wer sich integriert, muss eine Chance bekommen! Denn nur so schaffen wir echte Anreize und erkennen an, dass sich Deutschland von einem Auswanderungsland zu einem Einwanderungsland entwickelt hat. Das muss insbesondere im Hinblick auf den Fachkräftemangel kein Nachteil sein, sondern kann unsere Stärke werden. Und auch das war diese Woche relevant: Die Ampelregierung besteht nun seit gut einem Jahr. „Mehr Fortschritt wagen“ - Das ist und bleibt unser Ziel. In dem letzten Jahr haben wir trotz Pandemie, Klimawandel und dem russischen Angriffskrieg mit aller Kraft daran gearbeitet, dass es gerechter wird. Wir haben nicht nur Krisen bewältigt, sondern auch sozialdemokratische Ziele umgesetzt. So soll es auch in den nächsten Jahren weitergehen!

Plenum

Die Preissteigerungen für Energie haben uns auch diese Woche im Plenum beschäftigt: In 1. Lesung haben wir über das Gesetz zur Einführung einer Preisbremse für leitungsgebundenes Erdgas und Wärme beraten. Dazu gehörte in 1. Lesung auch der Entwurf zum Gesetz zur Einführung einer Strompreisbremse. In 2./3. Lesung haben wir uns mit dem Studierenden- Energiepreispauschalengesetz befasst. Um für mehr Transparenz zu sorgen, war auch der Regierungsentwurf zu Herkunftsnachweisen für Gas, Wasserstoff, Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien in 2./3. Lesung Thema. [\(Infos hier\)](#) Auch der Regierungsentwurf zum Kita-Qualitätsgesetz sowie das Krankenhauspflegeentlastungsgesetz (KHPfIEG) stand auf der Tagesordnung. [\(Infos hier\)](#) Beides stand im Zeichen der Qualitätssicherung und Weiterentwicklung. Mit dem KHPfIEG erfolgt die Einführung eines einheitlichen Personalbemessungsinstrumentes, damit Mehrbedarf erkannt wird und mehr Personal eingesetzt werden kann. Ebenso rückt die Geburtshilfe stärker in den Fokus: Der Personalaufwand wird ab 2025 vollständig im Pflegebudget berücksichtigt. Ebenso relevant ist die Förderung der Telemedizin und digitaler Anwendungen. [\(Infos hier\)](#)

Umbau der Nutztierhaltung gemeinsam voranbringen

Das war das Motto des Parlamentarischen Frühstück der Geflügelwirtschaft, welches durch den Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft e.V. (ZDG) organisiert wurde. Im Austausch ging es darum, wie der Umbau der Nutztierhaltung gelingt, sodass die Landwirte und Landwirtinnen beteiligt werden und die Wirtschaft erhalten werden kann. Der Verband hat dazu bekräftigt, die Veränderungen grundsätzlich mittragen zu wollen, solange sie in den Veränderungsprozess eingebunden werden.

Mehr Entlastung für alle

Mit der Strompreis- und Energiepreisbremse sorgen für weitere Entlastung für viele Schultern: Mit der Preisbremse für leitungsgebundenes Erdgas und Wärme schaffen wir ab dem 01. März 2023 bis zum 30. April 2024 Stabilität. Rückwirkend sind davon auch die Monate Januar und Februar inbegriffen. Für private Haushalte, Unternehmen mit einem jährlichen Gasverbrauch unter 1,5 Millionen Kilowattstunden sowie Pflegeeinrichtungen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen ist geplant, den Gaspreis für 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs auf 12 Cent/Kilowattstunde zu begrenzen (Fernwärme 9,5 Cent). Unternehmen mit einem Gasverbrauch von mehr als 1,5 Millionen Kilowattstunden im Jahr erhalten einen Garantiepreis von 7 Cent pro Kilowattstunde für 70 Prozent ihrer bisherigen Verbrauchsmenge, bezogen auf den Verbrauch im Jahr 2021. ([Infos hier](#)) Auch die Strompreisbremse soll für private Haushalte und Unternehmen gelten. Diejenigen davon, die weniger als 30.000 Kilowattstunden Strom im Jahr verbrauchen, erhalten 80 Prozent ihres bisherigen Jahresverbrauch zu einem garantierten Bruttopreis von 40 Cent/Kilowattstunde.

Austausch mit „Memorial“

Am Dienstag war Irina Scherbakowa in der Fraktionssitzung zu Gast. Sie ist eines der Gründungsmitglieder der Menschenrechtsorganisation Memorial, die nächste Woche den Friedensnobelpreis erhalten. Die Organisation hat sich seit der Gründung 1989 der historischen Aufklärung und der Vertretung der Menschenrechte verschrieben. Außerdem stehen sie an der Seite der Überlebenden des sowjetischen Arbeitlagersystems. Besonders unter dem russischen Regime seit Putin wurde die Aufklärungsarbeit erschwert: Kurz nach dem russischen Angriffskrieg wurde die Organisation in Russland aufgelöst. In ihrem Statement machte Irina Scherbakowa deutlich, welches Ausmaß die russische Propaganda angenommen hat und wie schwer dies vor Ort zu durchblicken ist. Trotz der angeordneten Auflösung ist die Organisation bestrebt weiter aufzuklären und zu kämpfen.



Parlamentarischer Abend der Insel- und Halligkonferenz e.V.

25 Gemeinden und 1 Stadt der nordfriesischen Inseln sowie Helgoland gehören der Konferenz an. Im Austausch ging es um Themen wie die wirtschaftliche und kulturelle Stärkung der Region für die Bevölkerung und die Daseinsvorsorge in der Zukunft. Dazu gehört auch die Wahrung der eigenen Identität und das im Einklang mit dem Klimaschutz und der gegebenen Umwelt!